

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gemeinsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 79

Mittwoch, den 6. April 1932

Jahrgang 105

Das Ergebnis der Polizeiaktion in Preußen

Minister Severing veröffentlicht das bei den Nationalsozialisten beschlagnahmte Material

II. Berlin, 6. April. Der preussische Minister des Innern veröffentlicht eine Mitteilung über das bei der Hausdurchsuchung bei der NSDAP beschlagnahmte Material. In dieser Mitteilung wird zunächst festgestellt, daß der sog. Nachrichtenendienst der Nationalsozialisten eine Spitzeltätigkeit sei, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden könne. Sie erstreckte sich auch auf die Tätigkeit des Staates und seiner Organe, wie Regierung, Polizei und Reichswehr. Daß es sich dabei um Auswirkung einer zentralen Anordnung handele, zeigten die überall gemachten Funde an derartigen Spitzelberichten, hauptsächlich mit genauer Aufstellung der Stärke, Gliederung und Bewaffnung der Polizei.

Nach kommunistischem Vorbild werde aber auch offene Zersetzungsarbeit betrieben. U. a. sei ein in Berlin verbreitetes, an die Berliner Schutzpolizei gerichtetes Flugblatt gefunden worden, in dem es u. a. heißt: „Kein Gummiknüppel darf einen Nationalsozialisten treffen, kein Pistolenschuß gegen die für uns mitkämpfende SA.“ Unterschriften sei dieses Flugblatt „Die nationalsozialistischen Polizeibeamten Berlins“. Nach einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung werden als meldepflichtige Gegenstände bezeichnet: Bahnschutzpanzerzüge, Bahnsuntanlagen, Postfernleitungen, Postuntanlagen, Flughäfen, Flugübergänge über Elbe und Weser, alles mit genauen Einzelheiten. Ergänzt und erläutert werde dieses Meldeschema durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als „Arbeitsgebiet für I.“ u. a. bezeichnet werden politische Parteien aller Art, Kampfbünde, Kurierdienst aller Arten der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Ueberwachung, Waffentransporte, Telegraphen, Fernsprezzentralen, Radiostationen, politische Einstellung der bedienenden Personen, Flughäfen, Zahl der Maschinen, Versuch an die Bediensteten heranzukommen, besondere Aufmerksamkeit für das Postwesen, Bahnschutz usw. Auch der technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtenwesens ist nach dem amtlichen Bericht in der letzten Zeit gleichfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und zwar unter Einsatz aller nur denkbaren Nachrichtenmittel einschließlich Briefkasten- und Blinkverbindungen. Ein über das ganze Reich sich erstreckender Relaisdienst sei festgestellt worden. Auch über die Einrichtung eines eigenen Funkverkehrs mit Kurzwellensendern sei verschiedenes bekannt geworden.

Neuerdings werde der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt und vor allem die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Es werden dann einige Anfragen von Stürmen an untergeordnete Stellen aufgeführt, die zeigen, daß genaue Feststellungen gemacht wurden, welche SA-Männer im Waffendienst ausgebildet sind. Die Bestandsaufnahme an Feldklüben scheine in allen Teilen des Reiches Anfang März 1932 eine besondere Rolle gespielt zu haben. Wörtlich heißt es dann: „Ausfalligerweise sind kurz vor dem Termin für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl noch eine Reihe anderer Anordnungen getroffen worden, die im Zusammenhang betrachtet, sehr zu denken geben. Seit einigen Monaten mehrten sich die Beobachtungen, daß bei der SA auf schnellste vollkommene Uniformierung gedrungen wird, obwohl das bestehende reichsrechtliche Uniformverbot eine solche Maßnahme normalerweise eigentlich unverständlich machen müßte. In einem Gausturmbefehl sei auch die Beschaffung von eisernen Rationen angeordnet worden. Auch mit der Vorbereitung von Massquartieren habe man sich befaßt.“

Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor der Reichspräsidentenwahl geför-

dert wurden, gewannen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man sie in Zusammenhang mit der in Göttingen gefundenen Weisung, daß mit einem Einsatz der SA gerechnet werden müsse, betrachte, und wenn man weiter die aus diesem Anlaß näher erörterte Bedeutung der drei Alarmstufen für die SA abwäge. Alarmstufe A = erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten. Alarmstufe B = Zusammenziehen der Trupps. Alarmstufe C = Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird, eiserne Rationen, Verpflegung für mindestens 3 Tage.

Es folgen dann in dem Bericht verschiedene SA-Befehle für den „Dienst am Wahltag“. Danach mußten sich die Stürmer mit dem 13. März mit Verpflegung für zwei Tage, verpacktem Dienstanzug usw. ausrüsten. „Allen diesen Beobachtungen und Feststellungen gegenüber muß, wie es dann weiter heißt, die Motivierung des von der obersten SA-Führung gegebenen Alarmbefehls mit dem Wunsche, durch Zusammenhaltung der SA-Parteizusammenstöße auf der Straße vorzubeugen, mehr als sonderbar erscheinen.“ Der am 12. März im Kreise Einbeck beobachtete und unterbündene Transport von Militärwaffen und die Auffindung eines schweren Maschinengewehrs sowie von Infanteriegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP in Salzwedel am 13. März sowie die fast tägliche Beschlagnahme von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten erhalte im Zusammenhang damit ganz erhebliche Bedeutung. Auch seien in Berlin Stützen über die Lagerung von Bahnschutzwaffen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofes gefunden worden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könne, ergänzt wurden.

Die Nationalsozialisten hätten im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weise darauf hin, daß an Hand von sehr ins Einzelgehenden Fragebogen Uebersichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden seien.

Minister Severing über das Ergebnis der Prüfung

Im Anschluß an die Uebergabe des Berichtes über das Ergebnis der Untersuchung des bei der NSDAP beschlagnahmten Materials gab der preussische Innenminister Severing vor der Presse eine längere Erklärung ab. Severing bezeichnete die in dem Bericht wiederergegebenen Schriftstücke und Dokumente lediglich als „Kostproben“. Das ganze Material würde Bände füllen. Die Arbeit der NSDAP lasse eine dreifache Absicht erkennen. Man verjuchte einmal, die Waffenlager der Reichswehr, der Polizei, des Bahnschutzes zu erforschen, ging zum anderen auf die Zermürbung und Zerschlagung der Mannschaften aus und betrieb schließlich die systematische Ausrüstung der SA-Staffeln mit Kleidung und Proviant und war bemüht, für den „Ersatzfall“ die notwendigen Waffen sich zu sichern und die Formationen bereitzuhalten. Ein Teil des Materials sei inzwischen dem Oberreichsanwalt übergeben worden. Es soll den Beweis für den Tatbestand des Hoch- und Landesverrats oder zum mindesten des Versuchs zu ihm erbringen.

Proteste der NSDAP

Die Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht drei Protesttelegramme, und zwar: an den Reichspräsidenten von Hindenburg, Innenminister Groener und den Oberreichsanwalt gegen den Vorwurf, daß bei der Severing-Aktion beschlagnahmte Material enthalte Anhaltspunkte für hoch- und landesverräterische Handlungen.

unwahr schärfstens zurückwies. Aus einer solchen Methode spreche die große Nichtigkeit der Gesinnung.

Sodann ging Dr. Brüning über zu den Behauptungen, die von nationalsozialistischer Seite über die Politik der Reichsregierung geäußert worden seien. Allen Ständen müsse es gelingen, gegenseitiges Verständnis füreinander aufzubringen. Was die Notverordnungen anbelange, so müßte die Reichsregierung Maßnahmen treffen, die allen Berufen und Ständen Opfer zumuteten. Diese gemeinsamen Opfer müßten getragen werden, um zu einem Ziel bezüglich der Reparations- und Abrüstungsfragen zu kommen. Alle diese Fragen seien von dem Kredit abhängig, den das Reich genieße, und dieser Kredit hänge wiederum davon ab, daß es der Reichsregierung gelingt, den Etat auszugleichen, um damit die Sicherheit für die stabile Währung zu schaffen, um den Glauben im In- und Ausland an die stabile Währung zu erhalten. Diese beiden Ziele, stabile Währung und Befreiung von den Reparationslasten,

Tages-Spiegel

Der preussische Innenminister Severing veröffentlicht jetzt das Untersuchungsergebnis der Polizeiaktion gegen die Nationalsozialisten. Die NSDAP hat Protest eingelegt.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte gestern in Karlsruhe eine letzte Aussprache mit Staatssekretär von Bülow über die Londoner Konferenz und sprach abends in Stuttgart für Hindenburg.

Adolf Hitler sprach am Montag in vier Versammlungen in Berlin und gestern in Lauenburg, Elbing und Königsberg.

Die zweite Donaukonferenz dürfte aller Voraussicht nach bereits am den 19. April in Lausanne und nicht erst in Genf stattfinden.

Italien hat dem deutschen Volke ein Goethe-Geschenk gemacht. Der Vizepräsident der italienischen Akademie der Künste übergab Botschafter von Schubert das Reisetagebuch von Goethes Vater.

würden von der Reichsregierung „mit System“ hochgehalten und durchgekämpft. Die deutsche Währung dürfe nie im geringsten erneut entwertet werden. Wenn die Nationalsozialisten je zur Herrschaft kommen würden, dann würde die deutsche Mark innerhalb 14 Tagen ins Bodenlos hinabgerastet sein. Wenn man immer sage, die Reichsregierung und das System tragen allein die Schuld an der heutigen Notlage, so müsse daran erinnert werden, daß eine gewisse Schuld schon in der Vorkriegszeit und in der verfehlten Anlage des Beginn des Weltkriegs zu suchen sei. Hier habe man nicht die entscheidenden Charaktere ins Vordertreffen gestellt.

In längeren Betrachtungen zeichnete der Redner in diesem Zusammenhang ein Bild des Siegers von Tannenberg. Hindenburg sei der Mann in Deutschland, der vielleicht allein für das ganze deutsche Volk eine Persönlichkeit bedeuten könnte, die über allen Parteien, über allen Ständen, Berufen und Konfessionen stehe. Dieser Mann sehe heute Menschen und Dinge viel klarer und einfacher als die meisten Menschen, die in führender Stellung tätig seien. Bei einer Gegenüberstellung von Hindenburg und Hitler und Thälmann wundere er, der Redner, sich, daß eine Wahl Hindenburgs überhaupt nötig war. Es müßte bei einem Volk, das noch ein Ideal hochhalte, eigentlich gar nichts anderes geben, als eine überwältigende Mehrheit für diesen Mann aufzubringen, einen Mann, der für die ganze Welt ein unbestreitbares Symbol deutschen Willens und Zukunftsglaubens ist. Es gelte, einmal der Welt zu zeigen, daß sich das deutsche Volk nicht von Phrasen betören und sich von einer vergifteten Agitation nicht beherrschen lasse. Er stimme dem Führer des Stahlhelms zu, wenn er gesagt habe, daß die nationalsozialistische Agitation eine Erziehung besonders der Jugend zur Disziplinlosigkeit bedeute.

Zum Schluss seiner Rede, die immer wieder von tobendem Beifall unterbrochen wurde, fand der Kanzler noch ernste Worte für die Zukunft Deutschlands und der übrigen Länder. Es sei an der Zeit, daß das gegenseitige Vertrauen in die politische Stabilität der Länder wieder Platz greife. Wenn Hindenburg am 10. April mit weitaus größter Stimmenzahl gewählt werde, dann sei die Bahn frei für die Außenpolitik, die von der Reichsregierung bezüglich der Reparationsfrage und der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern schon lange vorbereitet sei. Hindenburg sei die Grundlage für das Glück und die Freiheit kommender Generationen.

Die deutsche Delegation nach London abgereist

Die letzte Aussprache in Karlsruhe

II. Karlsruhe, 6. April. Die Besprechungen zwischen Reichskanzler Brüning und den am Montag abend eingetroffenen Mitgliedern der deutschen Abordnung für die Londoner Donaukonferenz fanden am Dienstag vormittag im Hause des früheren badiischen Gesandten in Berlin, Dr. Honold, statt, dessen Gast der Reichskanzler während seines Karlsruher Aufenthaltes war. Ueber die Besprechungen selbst wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Sie nahmen etwa 3 Stunden in Anspruch. Die Mitglieder der Londoner Abordnung verließen Karlsruhe mit dem Rheingold-Express um 12.30 Uhr zur direkten Fahrt nach London.

Der Kreis der Donauinteressenten vergrößert sich

Es bekümmert sich, daß außer Polen auch die Schweiz den Wunsch ausgesprochen hat, an den abschließenden Verhandlungen über die Donaufrage unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland und Italien teilzunehmen.

Reichskanzler Brüning in Stuttgart

II. Stuttgart, 6. April. Vor etwa 10 000 Personen hielt gestern abend Reichskanzler Brüning in der Stuttgarter Stadthalle eine 1½stündige Wahrede, in deren Mittelpunkt der Name Hindenburg stand. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß die politische Agitation der letzten Wochen von fortwährender Gemeinheit und Gewissenlosigkeit gekennzeichnet sei. Dieser Wahlkampf, so wie er heute vor sich gehe, werde vielen Kreisen des deutschen Volkes für immer die Augen öffnen. Uebergehend zu der Agitation der NSDAP, bemerkte der Kanzler, diese Partei habe scheinbar mit normalen Waffen überhaupt keine Chancen mehr, Anhänger um sich zu sammeln. In diesem Zusammenhang setzte er sich mit den tags zuvor von einem nationalsozialistischen Redner in der Stadthalle gegen Hindenburg und seine Familie, ferner gegen den Reichskanzler selbst erhobenen Angriffen auseinander, die er als unritterlich und

Die Rentner beim Reichspräsidenten

II. Berlin, 5. April. Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Bundesvorsitzenden, Generalmajor a. D. Vogel-Cassel, geführte Abordnung des Deutschen Rentnerbundes, die über die Notlage der deutschen Rentner berichtete und dem Reichspräsidenten die Wünsche des Rentnerbundes nach einer besonderen von der allgemeinen Fürsorge unabhängigen Versorgung der notleidenden Rentner den Erlaß eines Rentnerversorgungsgesetzes und bis dahin Milderung der den Rentnerstand besonders belastenden Notverordnungen vortrug. Der Reichspräsident gab seiner Teilnahme an der schwierigen Lage der deutschen Rentner und seinem Verständnis für die vorgetragenen Wünsche Ausdruck und erklärte, er werde im Benehmen mit der Reichsregierung die ihm vorgetragenen grundsätzlichen Forderungen des Deutschen Rentnerbundes zum Gegenstand einer erneuten Prüfung machen.

Berschärfung der Lage in Nordböhmen

Die Streikführung in Händen der Kommunisten und Nationalsozialisten

II. Prag, 5. April. Die deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände, die entsprechend den Weisungen der Prager Regierung für das Ende des Streiks im Brüxer Revier eintraten und ihren Mitgliedern die Mitarbeit an den Streikausschüssen untersagten, haben jede Macht über die Massen der Streikenden verloren. Unter der Führung der Kommunisten und deutschen Nationalsozialisten hat eine Versammlung der Bergarbeitervertreter beschlossen, den Streik fortzusetzen. Der kommunistische und der deutsche nationalsozialistische Bergarbeiterverband wurden mit der weiteren Vertretung des Standpunktes der Arbeiter betraut. Es wird gebroht, alle Sicherungsarbeiten in den Schächten einzustellen, wenn die Behörde die neu gebildete Streikleitung nicht anerkennt.

Das Ende der Militärdiktatur in Südslawien

II. Belgrad, 5. April. Ministerpräsident General Ziwkowitz hat am Montag mittag dem König Alexander auf Schloß Debrinew bei Belgrad den Gesamtrücktritt der Regierung unterbreitet. Der König hat den Rücktritt angenommen. In einer Sitzung des Ministerrats, die am Vormittag stattgefunden hatte, erklärte General Ziwkowitz, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehe. Er habe am 26. Januar 1928 in einem Augenblick höchster Gefahr für den Staat als neutrale Persönlichkeit die Regierung und damit die Pflicht übernommen, die Verhältnisse in Südslawien wieder zu normalisieren. Er glaube, daß er seine Pflicht erfüllt habe und trete daher von der Regierung zurück.

Die Nachricht von der Aufgabe der Militärdiktatur rief ungeheures Aufsehen hervor. Der Minister des Auswärtigen, Marinkowitsch, wird das neue Kabinett bilden.

Warum reißt Stimson nach Europa?

Die Voraussetzungen einer Schuldenrevision.

II. Washington, 5. April. In politischen Kreisen wird die Mitteilung des Staatsdepartements, daß die Genfer Reise des Staatssekretärs Stimson lediglich der Abrüstungsfrage diene, als einigermaßen fraglich bezeichnet. Man betont, daß Stimson angesichts des bevorstehenden Ablaufs des Hooverjahres nicht umhin können werde, die Kriegsschulden- und Reparationsfrage wenigstens offiziell mit den anderen Staatsmännern zu besprechen um wieder über deren Auffassung Bericht erstatten zu können. Präsident Hoover — und hierin stimme er mit dem Kongreß überein — verlange, daß die europäischen Staaten die Schuldenfrage in Lausanne zunächst unter sich regelten. Erst dann könne Amerika die Revisionsanträge erwägen, da der amerikanische Haushalt auf den Schuldentilgungen aufgebaut sei. Aber die Finanzlage Deutschlands würde früher oder später das Gesamtproblem ohnehin aufwerfen. Politische Beobachter deuten erstmalig an, daß Hoover die Schuldenregelung auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit beim Kongreß befürworten würde.

Es wird weiter auf die Notwendigkeit bedingter Nachgiebigkeit hingewiesen, um die Gefahr bannen zu können, die die Schaffung eines amerikafeindlichen Europa-Block bedeuten würde. Diese Gefahr werde jedoch durch die Haltung Englands abgesehen, das als größter Schuldner der Vereinigten Staaten eine Vorzugsbehandlung erwarte. Die Tatsache, daß in London auch über die Reparations- und Kriegsschuldenfrage verhandelt werden soll, wird in Washington als eine günstige Vorarbeit für Lausanne angesehen.

Politische Kurzmeldungen

Die Finanzämter sind gegenwärtig mit der Neueinschätzung des Einkommensteuerertrages beschäftigt. Nach den ersten vorsichtigen Schätzungsergebnissen, die dem Reichsfinanzministerium vorliegen, hat das deutsche Volk im letzten Jahre nicht viel weniger als ein Viertel seines Einkommens verloren. — Voraussetzlich werden die Kreuzer, Vinienschiffe und Torpedoboote der Reichsmarine in diesem Jahre keine Sommerreise ins Ausland unternehmen. Die Schiffe sollen sich darauf beschränken, bei ihren Uebungsfahrten die Nord- und Ostsee zu besuchen. — Die Deutschnationale Volkspartei hat das Angebot der Deutschen Volkspartei, für die Preußenwahlen Listenverbindungen mit den bürgerlichen Mittelparteien einzugehen, abgelehnt, weil es für ernsthafte Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Parteigruppen zu spät sei. — In einer Wahlkundgebung in Breslau äußerte Reichsarbeitsminister Siegel, daß die NSDAP. wolle die Diktatur. Wie in Italien, solle neben der Staatsarmee eine Parteiarmee geschaffen werden, um mit dieser dem übrigen deutschen Volk den politisch dilettantenhaften nationalsozialistischen Willen aufzuzwingen. — In Berlin wurden in der Nacht zum

Dienstag 18 Anschlagssäulen mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Als Täter vermutet man Kommunisten. — Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit, daß in Koburg ihm auch für den zweiten Wahlgang die städtischen Anschlagssäulen nicht zur Verfügung gestellt würden, weil nach einer Mitteilung des städtischen Verkehrsbüros die Säulen bereits „bis zum 10. April bejezt“ seien. — Der badische Minister des Innern hat einen Beamten des Bezirksamts Rastatt, der vor der Reichspräsidentenwahl amtlich nicht genehmigte Flugchriften der Nationalsozialistischen Partei verteilt hat, mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben. — Die Zeitung „Echo de Paris“ bezeichnet die Aussichten der Londoner Biermächtekonferenz als ziemlich beunruhigend. Auf keinen Fall dürfe Frankreich erwarten, daß die geringste Entente cordiale in irgendeiner Form wieder zum Leben erweckt wird. — Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm die Gesetzesvorlage an, daß den Philippinen nach acht Jahren die politische Unabhängigkeit gewährt werden soll.

Politische Zusammenstöße in Sachsen

Wie die Geschäftsstelle Chemnitz der NSDAP. mitteilt, wurden bei Mittweida auf mehrere SA-Leute, die von der Chemnitzer Hitlerjugend zurückkehrten, von Kommunisten planmäßig Einzelüberfälle verübt. Dabei erhielt ein 23jähriger SA-Mann einen Rückenstich, an dem er alsbald verschied. Außerdem wurden 17 Mann durch Schuß- und Stichwunden verletzt. Näheres ist noch nicht bekannt. In Chemnitz-Silbersdorf wurden die SA-Leute Frisch und Dlechner von etwa 25 Kommunisten überfallen und durch Schüsse schwer verletzt.

Kleine politische Nachrichten

Landwirtschaftskammerwahlen in Ostpreußen. Die Landwirtschaftskammerwahlen, die am Sonntag in der ganzen Provinz Ostpreußen stattfanden, wiesen eine außerordentlich geringe Beteiligung auf. Bisher liegen die Ergebnisse aus 17 Kreisen von insgesamt 37 Kreisen vor. In diesen 17 Kreisen erhielten die Nationalsozialisten 22 und der Landwirtschaftsverband Ostpreußen 14 Sitze.

Erhebung Röhms durch General von Epp? Wie die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren haben wollen, soll der Stabschef der nationalsozialistischen SA, Hauptmann a. D. Röhm, unmittelbar nach den Preußenwahlen seines Postens enthoben und möglicherweise durch General a. D. von Epp ersetzt werden.

Der frühere österreichische Außenminister Graf Czernin †. In Wien ist Graf Ottomar Czernin, der frühere Außenminister des alten Oesterreich und Vertrauensmann des damaligen Thronfolgers Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, einem Herzschlag erlegen.

Vor neuen englischen Schritten in Berlin wegen der Kohleneinfuhr. Der englische Handelsminister teilte im Unterhause zu den deutschen Kohleneinfuhrbeschränkungen mit, daß die deutsche Antwort unbefriedigend sei und die englische Regierung weitere Vorstellungen in Berlin erheben werde.

Polnischer Protestschritt in Moskau. Außenkommissar Litwinow empfing den polnischen Gesandten Patok zu einer Unterredung über die Vorgänge, die sich beim Attentatsprozess Stern abgespielt haben. Es heißt, daß der polnische Gesandte in energischer Weise gegen die Gerüchte Protest erhoben haben soll, denen zufolge man die polnische Gesandtschaft verdächtigt, ihre Hand bei dem Anschlag auf von Twardowski im Spiele gehabt zu haben.

Neue Kämpfe bei Schanghai. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai unternahmen die japanischen Truppen plötzlich einen allgemeinen Angriff auf die chinesischen Stellungen bei Schanghai. Der Angriff, der etwa 2 Stunden andauerte, verlief nach drei verschiedenen Richtungen. Er soll von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden sein.

Aus aller Welt

Arbeiter tötet seine beiden Kinder und verübt Selbstmord. In Seebenisch bei Markranstädt (Provinz Sachsen) durchschneidet der Arbeiter Kurt Schmidt seinen beiden ein- und zweijährigen Kindern die Kehlen und erhängte sich dann. In der vergangenen Nacht hatte er seine Frau, mit der er in Scheidung lag, mit dem Revolver bedroht. Die Frau war darauf im Nachthemd geflüchtet und hatte sich an einer Wäscheleine aus dem Fenster im ersten Stock auf die Straße herabgelassen.

Tödlicher Unglücksfall auf dem Bahngleis. Auf der Strecke Trenburg-Lyck (Ostpreußen) wurde der Oberlandjäger Pörschke, der auf der Eisenbahnstrecke von einer politischen Versammlung nach Hause ging, in diesem Nebel von einem Zuge überfahren. Ihm wurden beide Beine abgefahren. Bei der Amputation ist Pörschke gestorben.

Raubüberfall im Postgebäude.

Auf den Postmeister Brakert des Distriktbades Grömitz wurde ein Raubmordversuch ausgeführt. Abends erschien ein Mann, der den Beamten wegen einer Autogefellschaftsfahrt nach Cunitz zu sprechen wünschte. Der Postmeister begab sich mit dem späten Besucher in die zu ebener Erde gelegenen Diensträume, um dort die erbetene Auskunft zu erteilen. Plötzlich zog der Unbekannte eine Eisenstange unter der Jacke hervor und verfecht dem Beamten mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf, so daß diesem die Schädelbedeckung zertrümmert wurde. Der Fremde raubte 150 Mark in bar, schloß sein Opfer ein und ist unerkannt entkommen.

Der erste nasse Tag in Finnland — ohne Alkohol. Die mit größter Spannung erwartete Aufhebung des finnischen Alkoholverbotes erbrachte gleich am ersten Tag eine Sensation. Zum ersten Male seit Einführung des Alkoholverbotes vor 13 Jahren war es nicht möglich, in den Restaurationen Helsingfors Spirituosen zu bekommen. Diese eigenartige Tatsache beruht darauf, daß die Restaurateure und das Alkoholmonopol sich nicht über die Höhe der Ausschankpreise und Verdienste einigen konnten.

Kurzmeldungen aus aller Welt

Eine große Reihe von Schloßern und Schloßgärten in Preußen wird bekanntlich vom Staate verwaltet. Die Unterhaltung der Bauten und Anlagen ist recht kostspielig und erfordert nach dem Haushaltsplan für 1932 einen Zuschuß von 1,5 Millionen RM. — Mangel an flüssigem Geld und Steuerrückgang haben die Stadtverwaltung Essen genötigt, die fälligen Gehälter vorerst nur zu einem Viertel auszusahlen. — Beamte der Zollfahndungsstelle Berlin beschlagnahmten ein Bankguthaben des Schriftstellers Remarque, der im Verdacht der Steuerflucht steht. R. hält sich im Ausland auf. — Im Laufe der nächsten Wochen wird die Gondel der Stratosphärenflieger Piccard und Dr. Kipfer, die seit dem 27. Mai v. J. mitten in der Eiswelt der Deklater Gletscher auf dem Gurgler Ferner am Abschluß des Deklateres liegt, abtransportiert werden. Die Universität Brüssel, die Eigentümerin der Gondel ist, beabsichtigt, sie in ihrem Museum aufzustellen. — In Paris setzte am Dienstag ein Theaterstreik gegen die hohe Besteuerung der Unternehmen ein. Das Bühnenpersonal hielt eine erregte Protestversammlung ab. — Die deutsche Bertram-Atlantis-Flugexpedition ist auf Ceylon gelandet. Sie kam vom Irak, folgte der Küste des Persischen Golfs und erreichte entlang der Küste des Arabischen Meeres unter Berührung von Karatschi und Bombay in drei Tagen Colombo. — Wie aus Montclair (New Jersey) gemeldet wird, hat die Frau des amerikanischen Rechtsanwalts Fosdick ihren neunjährigen Sohn und ihre 15jährige Tochter erschossen und dann Selbstmord verübt. Die Frau war nervenleidend.

Aus Württemberg

Gemeindetag und Finanzminister.

In einer kürzlich zwischen dem württ. Finanzminister und dem Gesamtverband des Württ. Gemeindetags in Stuttgart stattgefundenen Aussprache über die finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Gemeinden führten die Gemeindevertreter aus, die Finanzlage der Gemeinden habe allgemein eine bedrohliche Verschärfung erfahren, die sich täglich zuspize. Der Grund dafür sei auf der Einnahmeseite vornehmlich in dem starken Rückgang der Reichssteuerüberweisungen, der Gewerbesteuer, der Biersteuer und der Walberträge, und auf der Ausgabe Seite in dem steten Anstieg des Fürsorgeaufwands zu suchen. Realsteuern könnten bei der trostlosen Lage der Landwirtschaft und des Gewerbes vielfach nicht beigetragen werden. Um die dringlichsten laufenden Ausgaben für ausgesetzte Arbeitslose bestreiten zu können, hätten Gemeinden ihr Grundvermögen angreifen müssen. Zahlreiche begründete Unterstützungsgesuche müßten von Landgemeinden abgelehnt werden, weil sie keinerlei Mittel haben. Staatshilfe sei deshalb dringend geboten. Weiter haben die Gemeindevertreter daran erinnert, daß der Staat mit der Auszahlung von 2 1/2 Mill. Mark Beiträgen an Gemeinden und Amtsförperschaften zu Straßenbauten im Rückstand ist, die seit Jahren zugestrichelt sind. Die Verzögerung der Auszahlung belaste die betroffenen Gemeinden schwer, weil sie die fehlenden Gelder inzwischen mit teuren Zwischenkrediten ausgleichen mußten. Der Landtag habe wiederholt beschlossen, daß zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden Staatsmittel zur Verfügung gestellt und außerdem die rückständigen Baubeträge ausbezahlt werden sollen. Die schlechte Finanzlage der Gemeinden erfordere gebieterisch die beschleunigte Durchführung dieser Landtagsbeschlüsse.

Der Finanzminister machte geltend, für die Durchführung der Landtagsbeschlüsse stünden keine laufenden Haushaltsmittel zur Verfügung. Die Finanzlage des Staates sei so angespannt, daß die Staatsfinanzverwaltung ohne Beschaffung neuer Mittel durch den Landtag dessen Beschlüsse nicht auszuführen vermöge. Um den veränderten Verhältnissen und dem erhöhten Schutzbedürfnis auf dem Lande Rechnung zu tragen, soll bei der Regierung ein Antrag auf Herabsetzung der Hundesteuererträge eingereicht werden. Eine Schmälerung der öffentlichen Einnahmen wird dadurch nicht befürchtet, weil bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Höhe mit einer fortschreitenden Verminderung der Hundezahl gerechnet werden müßte. Der Ermäßigung des Auswärtigenzuschlags zum Schulgeld höherer Schulen von 1% auf das 1/2fache des ordentlichen Betrags wurde zugestimmt. Zur Stärkung der Gemeindeeinnahmen und zum Schutze des einheimischen mittelständigen Gewerbes soll bei der Regierung beantragt werden, daß sie von dem ihr durch die letzte Notverordnung des Reichs eingeräumten Recht der Einführung der sogenannten Filialsteuer sofort Gebrauch macht.

Zu diesem Bericht wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Bei der Beurteilung der Fragen, inwieweit die Wünsche des Gemeindetags erfüllbar sind, müssen folgende zum Teil vom Finanzminister in der Versammlung selbst erwähnte Tatsachen berücksichtigt werden: 1. Durch den Steuerrückgang, der weit überwiegende Reichsüberweisersteuern betrifft, wird in Württemberg der Staat ungefähr doppelt so stark in Mitleidenschaft gezogen wie die Gemeinden, dagegen sind die Gemeinden an der einzigen Reichsüberweisersteuer, die Mehrerträge bringt, nämlich der Umsatzsteuer, stärker beteiligt als der Staat. 2. Die Mehrerträge des Staatswaldes waren in den vergangenen Jahren mindestens dreimal so hoch wie die Walberträge sämtlicher württ. Gemeinden. Das völlige Versagen dieser Einnahmequelle schädigt also die Staatsfinanzen in Württemberg weit mehr als die Finanzen der Gemeinden im Ganzen. 3. Infolge der Gemeindebeiträge zu den Lehrergehältern sind die Ersparnisse des Staates durch die Gehaltskürzungen in Württemberg nur unwesentlich größer als die der Gemeinden. 4. Die Beiträge zu den Straßenbauten sind nur in Aussicht gestellt, nicht verbindlich zugesagt worden. Die rückgängige Finanzlage, insbesondere auch die durch die letzte Notverordnung gesteigerten Rückgänge bei der Kraftfahrzeugsteuer, die ausschließlich die Staatsfinanzen betreffen, machen eine beschleunigte Auszahlung der Straßenbaubeträge unmöglich.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Das
1932 ein
Meldep
am 1. J
nung vo
sterialve
Berordn
sachung
hörde bl
licher P
Meldepf
Aufenth
(Wohnun
der“ Au
mehr als
und beim
hat w
ist neben
die Mel
weggefal
gelten a
gehenden
der Pfl
hat sich
festen W
meldepf
Monate
nahme e
Jugendh
18 Jahre
der Auf
Meldepf
territori
der Gef
oder ge
völlige
solchen
lichen
Unterne
ordnung
oder wi
In Kur
besonder
schrift ei
gen der
werden.

ist gester
über un
tigen el
Regengü
berg von
des Elek
der Blit

In de
Stam
zweck die
strationen
digen A
Baumjch
mehrjähr
gegründ
abgenor
ber Auf
und bet
gen an
fonten
werden.
Dr und
find. Bei
haus von

45. For
Dad
all die
Nächstl
troßden
W
Bild d
wirklich
haufen
Fran
„Fr
das and
Ab
sagte
Ihre
Leb
Erjchre
„In
„Sie w
hen lei
stauin,
Ihn doc
sie hin
Ab
„Es
von ihr
mit dem
über.
In
„Ich
judende
„Das
diesem

Neuregelung des polizeilichen Meldewesens

Das Württ. Innenministerium hat unterm 31. März 1932 eine Verordnung über das polizeiliche Meldewesen (Meldepolizeiordnung) erlassen. Die neue Verordnung, die am 1. Juli 1932 in Kraft tritt, ersetzt die Meldepolizeiordnung vom 20. Dezember 1913 in der Fassung der Ministerialverfügungen vom 24. Februar und 7. Mai 1919. Die Verordnung bedeutet in mehrerer Hinsicht eine Vereinfachung gegenüber den bisherigen Vorschriften. Meldebehörde bleibt die Ortspolizeibehörde, an Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung das staatliche Polizeiamt. Die Meldepflicht am Wohnort oder am Ort des dauernden Aufenthalts besteht wie bisher beim Zuzug, beim Umzug (Wohnungswechsel am Ort) und beim Wegzug. Als „dauernder“ Aufenthalt gilt jetzt allgemein ein Aufenthalt von mehr als 3 Monaten. Die Meldefrist beträgt beim Zuzug und beim Umzug 1 Woche (bisher 3 Tage), die Abmeldung hat wie bisher vor dem Wegzug zu erfolgen. Meldepflichtig ist neben dem Wohnungsnutzer auch der Wohnungsgeber, die Meldepflicht des Hausbesizers oder seines Vertreters ist weggefallen. Die Vorschriften über die Fremdenmeldung gelten grundsätzlich für jeden, der Personen zu vorübergehendem Aufenthalt Wohnung gegen Entgelt gewährt. An der Pflicht der Gastwirte zur Führung von Fremdenbüchern hat sich nichts geändert. Besuchsfremde, die im Inland einen festen Wohnsitz haben oder dauernden Aufenthalt, sind nur meldepflichtig, wenn der Besuchsaufenthalt länger als drei Monate dauert. Mißbräuche haben den Anlaß zur Aufnahme einer besonderen Vorschrift über die Meldepflicht in Jugendherbergen gegeben. Hier sind alle Personen über 18 Jahre, sowie alle, die ohne Führer wandern, als bald nach der Aufnahme in das Herbergsbuch einzutragen. Von der Meldepflicht befreit sind Ausländer, die das Recht der Exterritorialität genießen, ferner unverheiratete Angehörige der Wehrmacht und der Polizei, solange sie in Kasernen oder gemeinschaftlichen Unterkünften wohnen. Neu ist die völlige Befreiung von Personen, die in öffentlichen oder solchen privaten Krankenhäusern, Entbindungshäusern oder ähnlichen Anstalten zur Behandlung aufgenommen sind, deren Unternehmer eine Genehmigung nach § 30 der Gewerbeordnung besitzen oder einer solchen wegen des wohltätigen oder wissenschaftlichen Zwecks der Anstalt nicht bedürfen. In Kur- und Badeorten kann wegen der hier vorliegenden besonderen Verhältnisse im Wege der ortspolizeilichen Vorschrift eine von einzelnen genau aufgezählten Bestimmungen der Verordnung abweichende Regelung getroffen werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 6. April 1932.

Das erste Frühjahrgewitter

Ist gestern mittag, aus südwestlicher Richtung aufziehend, über unserer Stadt niedergegangen. Es brachte neben kräftigen elektrischen Entladungen Graupelschauer und starke Regengüsse. Wie wir erfahren, wurde die Gemeinde Liebelberg von Hagelwetter heimgesucht, in unmittelbarer Nähe des Elektrizitätswerks des G. E. Z. in Station Teinach schlug der Blitz in ein Umformhaus.

Aus dem Bezirksobstbauverein Calw.

In der letzten Woche hielt der Verein Versammlungen in Stuttgart und in Sommerhard ab. Der Hauptzweck dieser Veranstaltungen bestand in praktischen Demonstrationen in verschiedenen Obstgärten. Unter der sachkundigen Anleitung von Stadtbaumwart Kopp wurde der Baumchnitt, die Kronenerziehung an neu gepflanzten und mehrjährigen Bäumen, sowie das Auslichten der Obstbäume gezeigt. Ebenso wurden einige jüngere und ältere Bäume abgeworfen und für das Umstropfen hergerichtet. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Obstzüchter die Arbeiten und beteiligten sich in reger Weise durch verschiedene Anfragen an den Vorgängen. Schon in den Baumgrundstücken konnten falsche Handlungen an den Obstbäumen festgestellt werden. Es zeigte sich, daß praktische Ausführungen an Ort und Stelle von unschätzbarem Werte für den Obstbau sind. Leider werden die Bestrebungen zur Hebung des Obstbaus von manchen Baumbesitzern nicht gebührend gewürdigt

und unterstützt. Es finden sich so viele verwahrloste Obstbäume und Baumruinen, daß von einem erfolgreichen Obstbau keine Rede sein kann. Dieser Umstand ist sehr zu bedauern, namentlich in einer Zeit, wo es für den Landwirt gilt, alle Einnahmequellen aufzuschließen und aus jedem Betrieb, also auch aus dem Obstbau, Nutzen zu ziehen. Der Landwirt könnte viel bessere Einnahmen aus dem Obstbau erzielen, wenn er sich rationell einstellt und eine zweckmäßige Ernte, sowie auch einen richtigen Verkauf vornehmen würde. Das lernt man bei Vorträgen, bei praktischen Kursen und in guten Büchern. Die Demonstrationen fanden Vor- und Nachmittags statt. Um 4 Uhr wurde sodann in Stammheim im Hirschgarten eine Besprechung über die gemachten Beobachtungen abgehalten, die von Baumwart Kopp durchgeführt wurde. Der Redner verbreitete sich über die wichtigsten Punkte des Obstbaus, besonders aber über die Fehler im Obstbau, über Pflanzung, Düngung, Pflege und Ernte. Den Obstzüchtern wurden außerordentlich wichtige Fingerzeige für neuzeitlichen Obstbau gegeben. Die rege Aussprache wurde durch den Vereinsvorstand eingeleitet, der auf die große Bedeutung des Obstbaus hinwies und die Landwirte aufforderte, dem Obstbau viel größere Wichtigkeit und Förderung zu schenken als bisher. In der Aussprache wurde eingehend die Sortenwahl behandelt und auf den hohen Wert einzelner Obstsorten für unseren Bezirk hingewiesen. Ebenso wurden die Marktverhältnisse in Calw zur Sprache gebracht und zum Hausierhandel Stellung genommen. Zum Schluß forderte Oberpräzeptor Baenschke zum Eintritt in den Bezirksobstbauverein auf mit dem Wunsche, daß die gegebenen Anregungen befolgt und der Obstbau zu einem guten Erfolg geführt werde.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Ueber dem Festland befinden sich mehrere Tiefdruckgebiete. Für Donnerstag und Freitag ist noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

CEB. Pforzheim, 5. April. Der Pforzheimer, der in Ulm wegen der Falschgeldangelegenheit verhaftet wurde, wird heute hierher gebracht. Ueber die Namen der Verhafteten und über die Zahl der gefälschten Geldstücke kann noch nichts mitgeteilt werden, da die Kriminalpolizei noch mit den Erhebungen beschäftigt ist. Die Falschgeldwerkstatt ist in einem Hause in der Seeburgstraße ausgehoben worden. Die Gußformen wurden zertrümmert vorgefunden. Es sei nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei diesem Falschgeld um die gegossenen Stücke handelt. Es befinden sich nämlich außerdem noch andere Arten von Falschgeld im Verkehr.

CEB. Oberjesingen O. A. Herrenberg, 5. April. Gestern nachmittag wurde der 35jährige Schreiner Gottlob Wolf von einem Auto angefahren, wobei er am linken Oberschenkel so starke Verletzungen erlitt, daß er nach Entlieferung in die Chirurgische Klinik in Tübingen verstarb.

wp. Baiersbrunn, O.-A. Freudenstadt, 5. April. Der freiwillige Arbeitsdienst der Württ. Kriegerbundes in Baiersbrunn hat seine Aufgabe nach 2 Monate wärender Tätigkeit beendet und fand in einer schlichten Abschiedsfeier seinen Abschluß. Vagerführer Weil wird ein neues Arbeitslager in Herrenberg übernehmen.

CEB. Stuttgart, 5. April. Im Zusammenwirken von Reich und Ländern soll nunmehr der Luftschutz für die deutsche Zivilbevölkerung vorbereitet werden. Entsprechend dem vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagenen Verfahren wird dieser Luftschutz auch in Württemberg in den größeren Orten eingerichtet werden.

CEB. Stuttgart, 5. April. Nach der letzten Hauptliste sind für die Schloßbrandhilfe bei der württembergischen Staatshauptkasse bisher insgesamt 33 873,93 RM. eingegangen.

CEB. Tübingen, 5. April. Bei der Rekrutenvereidigung am Montag fiel der neue gelbe Infanteriestiefel auf, der (eine Kombination zwischen Schnürstiefel und Leder-gamasche) jetzt probeweise in der Armee eingeführt ist, nachdem er bei den Engländern längst gang und gebe ist. Der Stiefel ist im unteren Teil geschnürt und im oberen wie eine Gamasche umgeschlagen und geschnallt. Außerdem soll eine Stahlhelmatrappe eingeführt werden, da sich der

Stahlhelm in seiner massiven Form für die tägliche Verwendung als zu schwer erwiesen hat.

CEB. Heilbronn, 5. April. Die „Württembergische Volksbühne“, die vor drei Jahren ihr 10jähriges Bestehen feiern konnte, hat sich an die Stadttheater Ulm und Heilbronn gewandt und ihnen vorgeschlagen, sich das Schauspiel von der „Volksbühne“ bespielen zu lassen, womit für die betreffenden Theater wesentliche Einsparungen von Mitteln und Personal erreicht würden. So wurden Heilbronn für die Winterzeit 60 Gastspiele zu einer Pauschale von 30 000 RM. angeboten.

CEB. Heilbronn, 5. April. Heilbronn soll eine Theologin, Pfarrgehilfin, erhalten. Sie findet Verwendung im Religionsunterricht, in der Seelsorge an Weiblichen, in der Leitung von weiblichen Jugendvereinen.

wp. Weiler ob Helsenstein, 5. April. Heute vormittag gegen 9 Uhr brach in dem landwirtschaftlichen Anwesen von Bürgermeister Hezler in Weiler ob Helsenstein ein Brand aus, der rasch um sich griff und eine größere Scheuer und Stallgebäude vernichtete. Die angebauten Wohngebäude und der Rindviehstall konnten dank einer Brandmauer und dem tatkräftigen Eingreifen der Ortsfeuerwehr und der Weilsinger Wackerlinie gerettet werden. Alles andere wurde ein Raub der Flammen.

CEB. Von der bayerischen Grenze, 5. April. Dieser Tage wurde in der Nähe des Bahnhofes Donaauwörth auf den kurz vor 13 Uhr durchfahrenden D-Zug München—Berlin ein Attentat verübt. Von noch unermittelten Tätern wurde auf dem Gleis ein Hemmschuh angebracht, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. Zum Glück bemerkte der Lokomotivführer das Hindernis sofort und konnte den Zug zum Halten bringen.

Turnen und Sport

Fußballsport

FC. Altburg 1. — FC. Neuenbürg 1. 3:3 (1:1)

Vor einer stattlichen Zuschauerzahl trafen sich obige Gegner im Freundschaftsspiel. Vorweg sei gesagt, daß das Treffen für ein Privatspiel reichlich hart durchgeführt wurde. Neuenbürg findet sich rasch zusammen und bevorzugt ein raumgreifendes Flügelspiel, welches ihm in der 15. Min. den ersten Treffer einbringt. Altburg versucht immer wieder in der Mitte durchzukommen, was jedoch bei den schlechten Bodenverhältnissen erfolglos sein mußte. Erst ein Strafstoß brachte vor Halbzeit den Ausgleich. Hatten die Gäste vor der Pause mehr vom Spiel, so war es nach Halbzeit Altburg, welches das Kommando übernahm. Zwei Tore des Mittelstürmers waren die Ausbeute dieser Drangperiode. Erst 10 Min. vor Schluß gelang den Gästen durch sorgloses Spiel der Altburger Hintermannschaft innerhalb 2 Minuten der Ausgleich. Beide Mannschaften kämpften nun auf Sieg, doch ändert sich am Resultat nichts mehr. — Neuenbürg zeigte vor Halbzeit ein schönes, flinkes Spiel, fiel jedoch in der 2. Halbzeit seinem eigenen Tempo zum Opfer. Von den Playherren war man angenehm überrascht, jeder gab sein Bestes, doch dürfte ein schnellerer Start, besonders der Außenläufer, von Vorteil sein. — Die 2. Mannschaften obiger Vereine maßen sich im Vorspiel. Hier konnten die Gäste nach wechselvollem Kampf mit reichlich Glück mit 5:4 Toren den Sieg nach Hause nehmen. Schiedsrichter Schlotterbeck-Calw wie auch der Schiedsrichter im Vorspiel leiteten sicher und einwandfrei. — ha —

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. C. Berliner Produktenbörse vom 5. April.

Weizen, märkischer 258—260; Roggen, märkischer 199 bis 201; Ruffenroggen 195; Braugerste 183—191; Futter- und Industrieernte 170—182; Hafer, märkischer 160—165; Weizenmehl 31,50—35; Roggenmehl 26,50—27,00; Weizenkleie 11,20 bis 11,40; Roggenkleie 10,40—10,70; Viktoriaerbsen 18—25; kleine Speiserbsen 21—24; Futtererbsen 15—17; Pelusiken 16,50—18,50; Ackerbohnen 15—17; Wicken 16—19,50; Lupinen, blaue 11—12; dto. gelbe 14,50—16,50; Seradella, neue 31 bis

Eine seltene Frau

Roman von Fr. Lehne.

45. Fortsetzung

Nachdruck verboten

„Doch bald stockte das Gespräch wieder. Agnes kannte ja all die Leute nicht, mit denen Ada verkehrte, und auf das nächstliegende zu kommen, davor schreckte doch jede zurück, trotzdem es beider Gedanken waren.“

„Wie nett du wohnst!“ bemerkte Adrienne und warf einen Blick durch das Fenster. „Die Aussicht auf die Berge ist wirklich hübsch. Schade, daß es regnet! Hier muß es sich gut hause lassen, es ist so weltvergeben, so friedlich und still.“

Frau Agnes lächelte ein schmerzliches Lächeln.

„Friedlich, ja friedlich könnte es wohl sein, wenn eben das andere nicht wäre.“

Adrienne nickte vor sich hin. „Ich habe Thea gesehen.“

sagte sie da plötzlich, „in Wien.“

Ihre Stimme klang vollkommen ruhig.

Ueber Agnes Gesicht huschte der Ausdruck eines tiefen Erschreckens.

„In Wien ist sie? Davon weiß ich nichts!“ stammelte sie.

„Sie war doch in München. Ich habe aber seit vielen Wochen keine Nachricht gehabt. Sie schrieb nur flüchtige Karten, stamm, daß sie sich nach dem Jungen erkundigt. Ich habe ihn doch hier, das weißt du ja — und Gerhard auch.“ wollte sie hinzufügen, brachte es aber doch nicht über die Lippen.

Adrienne sah an ihr vorbei.

„Es scheint Theodora recht gut zu gehen. Ich habe viel von ihr gehört, habe sie auch einige Male gesehen. Sie fuhr mit dem Fürsten Waldstein in dessen Equipage an mir vorbei. Ihre Toiletten sind tonangebend für die Mode.“

In stummer Qual rang Agnes die verarbeiteten Hände.

„Ich kann ja nichts dafür, Adrienne!“ murmelte sie mit zuckenden Lippen, „ich kann nichts dafür.“

„Das weiß ich, Agnes. Quäle dich darum auch nicht mit diesem Gedanken.“

„Voch Adas Stimme fehlte bei diesen Worten die Güte und Weichheit, die ihr sonst eigen war. Sie klang kühl, fast abwehrend, als wollte sie nicht erinnert werden.“

Aber da nun einmal das Gespräch darauf gekommen war, fand Agnes jetzt auch den Mut, dabei zu beharren. Sie mußte sich die Last von der Seele reden.

In herzbewegender Weise schilderte sie das Unglück, das durch Thea über sie gekommen war.

„Ach, Ada, wenn du wüßtest, was ich gelitten habe.“

Da traf sie ein langer, sprechender Blick aus den traurigen Augen der anderen, und darin las Agnes die geheime Qual der vergangenen Jahre, wenn auch die feinen Lippen fest geschlossen blieben. Die verriet nichts davon, was Adas stolze Seele durchgequälte hatte.

„Thea ist doch mein Kind, das ich unter Schmerzen geboren habe. Sie war mein einziger Trost in einer freudlosen, entbehrungsreichen Ehe. Du hast nie ein Kind gehabt, Ada, weißt nicht, kannst es nicht wissen, wie einem das ans Herz gewachsen ist, daß man alles tut, ihm ein bißchen Glück zu gönnen. Und was für ein Schmerz, wenn man sieht, daß das Kind seine eigenen Wege geht und sich vom Herkömmlichen losragt! Breitenfeld hat sich nie mit Thea ausgesöhnt — er ist in seinem Groll gestorben.“

„Er mag viele Fehler gehabt haben, doch er war ein Mann von strenger Ehrenhaftigkeit.“ sagte Adrienne schwer.

„Soll das ein Vorwurf für mich sein, Ada?“ fragte die Schwester.

„Nie habe ich Thea in Schutz genommen. Du siehst eben in mir immer nur ihre Mutter. Aber du hast recht! Mehr als ich kann sich wohl niemand Vorwürfe gemacht haben — hätte ich sie dir damals nicht geschickt.“

„Daß das,“ entgegnete Ada schroff und erhob sich.

Und da sie Tränen in der Schwester Augen sah, wurde sie milder gestimmt.

„Verzeih, ich meinte es nicht so. Aber warum darauf zurückkommen? Es hat ja doch keinen Zweck. Und am Geschehen ist nichts mehr zu ändern. Wer kann denn vorher wissen, was eintreten wird! Es sind eben unglückliche Zufälle.“

„Wenn du alles wüßtest, Ada — wenn du wüßtest, wie wenig Thea und Gerhard —“

Da fiel der Name. Adrienne zuckte unwillkürlich zusammen.

„Sie haben sich beide so schlecht verstanden, daß sie schließlich auseinandergehen mußten.“

„Ich sah das kommen. Ein Bund, auf solche Weise geschlossen, konnte niemals Glück bringen. Auch wenn die Menschen besser zueinander gepaßt hätten als Thea und Gerhard Kirchner. Deren Charaktere waren zu verschieden, und Thea konnte ihrem Manne nie das werden, was er zu seiner Entwicklung brauchte.“

„Gerhard Kirchner hat schwer seine Schuld gesühnt, Adrienne!“ sagte Agnes leise.

Die andere machte eine abwehrende Handbewegung, doch sie achtete nicht darauf.

„Lasse dir alles sagen, Ada! Glaube, es ist besser für uns, du kannst dann vielleicht unbefangener an alles denken.“

Und sie schilderte Gerhards Kämpfe, wie schwer er unter seinen Fehlschlägen gelitten hatte. Der Erfolg seines Dramas „Lukrezia“ sei auch nur ein oberflächlicher Alltags Erfolg gewesen und nicht das, was er gehofft. Dann kam Theas Flucht, danach die Nichtannahme seines letzten Schauspiels, auf das er so große Hoffnungen gesetzt hatte.

Adrienne sah da, das Gesicht mit der Hand beschattet. Agnes wußte nicht, ob sie zuhörte. Sie sprach aber doch weiter.

„Seine Nerven waren vollständig überreizt, und da griff er zum letzten Mittel.“

Erschreckt, ungläubig blickte Adrienne auf die Schwester.

Die nickte bestätigend und fuhr fort: „Ja! Aber die Verwendung war nicht lebensgefährlich. Viele Wochen lag er zwar im Hospital, und danach nahm ich ihn zu mir, weil er an einer fast krankhaften Menschenscheu leidet. Und er ist noch hier.“ schloß sie mit leiser Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

36,50; Leinfugeln 11,80; Erdnuszfugeln 13,10-13,30; Erdnuszfugelmehl 13; Trockenfugeln 9,30; Kartoffelflocken 17 bis 17,30; Maishutter: drahtgepresstes Roggenstroh 1,20-1,45; Weizenstroh 0,90-1,05; Haferstroh 0,90-1,05; Weizenstroh 0,90-1,05; geb. Roggenlangstroh 1,15-1,45; bindfadengepresstes Roggenstroh 1,15-1,30; Weizenstroh 0,95 bis 1,10; Häcksel 1,75-1,95; handelsübliches Heu 1,40-1,60; gutes Heu (erster Schnitt) 1,95-2,35; Luzerne, lose 2,40 bis 2,70; Thymotte 2,35-2,70; Kleeheu, lose 2,30-2,60; drahtgepresstes Heu in Fla. über Notiz 40. Allgemeine Tendenz: Uneinheitlich.

Fruchtpreise

Balingen: Haber 9,30-10,50; Gerste 10,50-11,50; Erbsen 10-12 M. - Erbsen: Weizen 12,80-13; Haber 7,50-7,80; Gerste 9,50 M. - Siengen a. Br.: Weizen 13,10-13,50; Gerste 8,70-9,80; Weizen 9,40-9,80 M. - Tübingen: Weizen 13-15; Dinkel 11; Gerste 10-10,50; Haber 8,50-10 M.

Das Ergebnis der Viehzählung in Württemberg.

Das endgültige Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember 1931 in Württemberg ist folgendes: Pferde 105 204 Stück, Esel und Maulesel 283, Rindvieh 1 111 109, Schafe 165 288, Schweine 630 013, Fiegen 71 386, Geflügel 4 100 813, Bienenstöcke 136 968, Zahl der Viehbesitzenden Haushaltungen 280 451, Zahl der vom 1. September 1931 bis 30. November 1931 vorgenommenen nicht beschauspflichtigen Schlachtungen (Hausschlachtungen) von Schweinen 50 236.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt
Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 21 Ochsen, 55 Bullen, 284 Jungbullen (unverkauft 25), 306 (6) Kühe, 299 (5) Rinder, 1974 Kälber, 2466 (250) Schweine, 5 Schafe.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	5. 4.	31. 3.		5. 4.	31. 3.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	28-32	28-32	fleischig	12-15	12-15
vollfleischig	24-27	24-27	gering genährte	9-11	9-11
fleischig	20-23	20-23			
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	24-26	23-24	feinste Mast- und beste Saugkälber	43-46	40-42
vollfleischig	22-23	21-22	mittl. Mast- und gute Saugkälber	38-42	33-38
fleischig	19-21	19-20	geringe Kälber	30-36	25-31
Jungbullen:			Schweine:		
ausgemästet	33-35	33-35	über 300 Pfd.	—	—
vollfleischig	26-30	26-30	240-300 Pfd.	42-43	42
fleischig	22-24	22-25	200-240 Pfd.	40-42	40-42
gering genährte	—	—	160-200 Pfd.	38-39	38-39
Kühe:			120-160 Pfd.	36-37	35-37
ausgemästet	22-24	22-25	unter 120 Pfd.	30-36	28-33
vollfleischig	17-20	17-20	Sauen	—	—

Markterlauf: Großvieh mäßig, Kälber belebt, Schweine ruhig, Ueberstand.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Vieh- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die loq. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

Der Moskauer Prozeß

In Moskau hat der Prozeß gegen Judas Stern, der das Attentat auf den deutschen Botschaftsrat v. Twardowski verübt hat, und seinen Hintermann Wassiliew begonnen. Die Anklageschrift stellt die Tat als das Ergebnis einer Verschwörung der Terroristengruppe dar, die in engem Zusammenhang mit polnischen Bürgern gestanden habe. Mit Ausnahme der bis zum Jahre 1928 zurückreichenden Anfänge dieser Zusammenhänge und mit Ausnahme der Protokolle über ein Verfahren gegen die Polin Lubarika, die wegen des Attentats gegen einen höheren Sowjetbeamten seinerzeit erschossen worden ist, wurden aus der Anklageschrift alle Stellen fortgelassen, die die Beziehungen zum Ausland betreffen. Das Gericht beschloß, diesen ganzen Prozeßkomplex unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. Die Uebersetzung bestand darin, daß sich Widersprüche in den Angaben der beiden Angeklagten herausstellten. Während der Angeklagte Wassiliew alle Ausführungen der Anklageschrift über Zusammenhänge des Angeklagten Stern und der Terroristengruppe sowie eine Verbindung dieser Terroristengruppe mit polnischen Agenten bestritt, erklärte der Angeklagte Stern, das Attentat sei seine persönliche Tat gewesen und er habe aus keiner Verabredung heraus gehandelt und keinerlei Hilfe gehabt.

Amtl. Bekanntmachungen
Amtsgericht Calw
Konkurseröffnung

über das Vermögen des **Bernhard Lutz**, Tabakwarenhändlers in **Bad Teinach**, am 4. April 1932, nachmittags 6 Uhr. Konkursverwalter Bezirksnotar Knapp in Bad Teinach. Offener Arrest mit Angehörigen bis 30. April 1932. Anmeldefrist bis 30. April 1932. 1. Gläubigerversammlung mit Tagesordnung gem. §§ 110, 132, 134 K.O. und Prüfungstermin Freitag, den 6. Mai 1932, vormittags 10^{1/2} Uhr vor dem Amtsgericht Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Feuerwehrdienst

Nach § 3 der Lokalfeuerordnung und Beschluß des Gemeinderats vom 20. April 1923 sind alle hier wohnenden männlichen Einwohner vom zehnjährigen bis zum zehnjährigen 45. Lebensjahr, soweit sie nicht eine Ausnahmeberechtigung nachweisen, verpflichtet, der freiwilligen Feuerwehr beizutreten, oder eine Abgabe zu bezahlen, die auf jährlich 4-30 RM. festgesetzt worden ist. Die Einteilung in eine der festgesetzten 6 Abgabeklassen erfolgt nach Maßgabe der gesamten in Betracht kommenden Verhältnisse des Abgabepflichtigen. Dabei ist insbesondere von Bedeutung der Wert, den die Befreiung vom Feuerwehrdienst für die Beteiligten hat, und das Maß des Ruhens, das diese an dem von der Feuerwehr gewährten Feuerlohn haben.

Feuerwehropflichtige Einwohner, welche noch bis 2. Mai ds. Js. nachweislich der Feuerwehr beitreten, bleiben von der Abgabe frei. Eintritte haben die Abgabe für das ganze Jahr zu zahlen. Anmeldungen wollen schriftlich oder mündlich bis spätestens 2. Mai ds. Js. beim Kommandanten Wochele angebracht werden.

Kranke und Gebrechliche, welche vom Feuerwehrdienst und von der Abgabe befreit sein wollen, haben ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. Die durch öffentliche Berufspflicht Verhinderten müssen eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde hierüber vorlegen, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß nach den von den verschiedenen Ministerien im Laufe des letzten Jahres ergangenen Verfügungen Befreiungen nur beim Vorliegen zwingender dienstlicher Gründe ausgesprochen werden dürfen.

Die aus dem Feuerwehrdienst Ausscheidenden wollen ihre Ausstattungsgegenstände bis spätestens 20. April bei Maschinenmeister Feldweg im städtischen Elektrizitätswerk abliefern.

Calw, 5. 4. 32
Bürgermeisteramt: G. Hüner.
Feuerwehrekommmando: Wochele.

Vergabe von Bauarbeiten.

Ich habe im Auftrag von Herrn Landwirt Vogelmann, Altsulach D. N. Calw die bei dessen Wohnhausneubau zur Ausführung kommenden:

- Beton-, Maurer-, Zimmer-, Schmiede-, Dachdecker-, Flächner-, Gipfer-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Tapezier-, Elektro- u. Wasserinstallationsarbeiten zu vergeben.

Arbeitspläne und Voranschläge liegen beim Bauherrn auf. Voranschläge werden gegen Erlaß der Schreibkosten an Unternehmer, welche sich um die Uebertragung der Arbeiten bewerben wollen, beim Bauherrn abgegeben. — Die Angebote müssen bis Montag, den 11. April, beim Bauherrn wieder abgegeben werden.

Die Bauleitung: Th. Köner jg., Baumeister für landw. Bauwesen, Stuttgart, Reinsburgstr. 97, Tel. 610 51

Fahrräder
Motor-
fahrräder

Erfahrene, Reifen und Reparaturen
Chr. Widmaier
Telefon 308

Bestellungen
auf
Eier

zum Einlegen nimmt entgegen
Wilh. Heugle
Bischoffstr. 32

Das autogenische
Schweißen
von Guß
Schmiedeeisen
und Stahl

übernimmt bei
billigster Berechnung
Wilh. Koller
Schmiedemeister, Neubulach

Personen

die am 22. bezw. 23. April geboren sind, werden um Aufgabe ihrer Adresse gebeten. Antwort auf alle Fälle. Angeb. erbet. unt. B. 100 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Geschäftsempfehlung
Ich habe das **Feinkost-Geschäft des Herrn Georg Wurster, Marktplatz** mit der Aufgabe übernommen, Calw und Umgebung mit **Lebensmitteln, Feinkost Obst, Südfrüchten und Weinen** in nur bester Qualität und preiswert zu bedienen.
Um freundliche Unterstützung bittet
Käthner am Markt

Gewerbeschule Calw
mit Handelsabteilung.
Anmeldung
neu eintretender Schüler:
Donnerstag, 14. April, morgens 7 Uhr, Saal 1 der Gewerbeschule.
Neu eingetretene gewerbliche u. kaufmännische Lehrlinge, auch die neu eingestellten ungelerten Arbeiter haben die Schule sofort, nicht erst nach Ablauf einer Probezeit, zu besuchen. Entlassschülern, die noch in keinem Lehrverhältnis stehen, ist der sofortige Schulbesuch dringend anzuraten.
Für die seitherigen Schüler wird der alte Stundenplan vorerst beibehalten. Nur Kl. III c hat jeweils am Montag, morgens 7 Uhr, im Saal 2 zu erscheinen.
Auch künftig wird einem vorhandenen Weiter-Fortbildungsbedürfnis nach Möglichkeit Rechnung getragen werden müssen.
Ermöglichte Anfragen u. Anmeldungen an die Direktion der Schule.
Calw, im April 1932. **Direktor Albinges**

Zum Hausputz
empfiehlt
Bodenwachs
Serpentinöl
Salmiakgeist
Puztücher
"bürsten" usw.
Ritter-Drogerie
E. Bernsdorff
Wasserglas
geruchlos und wasserhelle Ware, empfiehlt, auch an Wiederverkäufer
H. Hauber.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM
Schuhe zum Schulanfang

Spangenschuhe schwarz Rindbox oder braun Rot-Chevreaux	Gr. 27-30	Gr. 31-35
	3.85	4.50
Spangenschuhe schwarz Lack, mit Verzierung		
	3.85	4.50
Spangenschuhe schwarz Spezialbox oder braun Rot-Chevreaux		
	4.50	5.50
Schnür-Halbschuhe für Knaben, schwarz Rindbox oder braun Boxkall		
	4.50	5.50
Stiele für Knaben oder Mädchen, schwarz Rindbox		
	4.50	5.50

116 insaralenform geschützt

Rasiermesser
werden haarstark abgezogen bei
Friseur Odermatt.

Bad Liebenzell
Gut eingebrachtes
Wiesenhau
verkauft
das Missionshaus.
Verkauft wird erstklassiges junges
Mutterchwein
Calw, Windhof Nr. 4

Kaufmannslehrling
gesucht
in Ladengeschäft auf 1. Oktober.
Anfragen unter S. N. 78 an die Gesch.-St. ds. Bl.
Junger Herr sucht
möbl. Zimmer
evtl. mit Kost in gutem Hause. Nähe Spöhrerschule. Neueste Angebote unter S. N. 79 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fische besonders billig!
Heute eintreffend direkt von der See in schwerster Verpackung:
Frischer
Rabliau
Pfd. 15 Pfg.
Rabliau-Filet
Pfd. 28 Pfg.
Bodensee-Braten
Pfd. 35 Pfg.
Sonderangebot:
Edamer
Pfd. 54 Pfg.
Salzheringe
10 Stück 35 Pfg.
Garten-Sämereien
eingetroffen.
Pfannkuch

Motor-Sport-Club Calw
(A. D. A. C. Ortsgruppe)
Donnerstag abend 8 Uhr
Monatsversammlung
im Clublokal

Statt besonderer Einladung
Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 9. April 1932, im Hause der Braut („Adler“-Saal) in Sindelfingen stattfindenden
Hochzeitsfeier
freundlichst einzuladen
Heinrich Wurst Hedwig Schmidt
Mödingen Sindelfingen
Abfahrt mit Omnibus mittags 12 Uhr und abends 8 Uhr am „Ochsen“ in Mödingen.

SERVA-KAFFEE
Allerbeste Mischungen!
Eigene Rösterei
Stets frisch gebrannt!
Carl Serva, Calw, Fernspr. Nr. 120.

Erschei...
Täglich...
der Sonn...
Anze...
a) im A...
die Seite...
b) im R...
die Seite...
Auf Sa...
kommen...
Für P...
kann k...
übern...
für de...
N...
Reichsfi...
U. Be...
Reichsfi...
vorstand...
sichten...
rich wies...
lung der...
sei. Es sei...
die Bünde...
feien, ver...
phezeiung...
wältigt. A...
bringen, ab...
sten Winter...
mit finanzi...
ten a l l e n...
Lichtleit...
tungen der...
ban k sei t...
viel bessere...
habe ihre...
gegenüber...
vorigen J...
halbe Milli...
regierung...
Wirtschaft...
Aufsichtun...
werden, ab...
sem Verjud...
spielen. E...
schach ge...
schlüsse ge...
anlage, i...
nicht zahl...
wohl stat...
Es dürfe...
trauen zw...
Wahlen in...
bürgerliche...
E...
Wie die...
finanzmini...
feuer ent...
setzung i...